RS OGH 2007/4/18 8ObA108/06z, 8ObA54/11s

JUSLINE Entscheidung

© Veröffentlicht am 18.04.2007

Norm

ArbVG §97 Abs1 Z1a

AÜG allg

Rechtssatz

Eine generelle Unzulässigkeit der Arbeitskräfteüberlassung lässt sich aus keiner gesetzlichen Vorschrift ableiten. Aus § 97 Abs 1 Z 1a ArbVG ergibt sich, dass jedenfalls eine zwischen dem Betriebsrat des Beschäftigterbetriebes und dem Betriebsinhaber zu schließende Betriebsvereinbarung erzwingbar ist, deren Zweck darin begründet ist, neben den in der Revision mehrfach erwähnten Rechten der Stammebelegschaft auch die Rechte der überlassenen Arbeitnehmer zu schützen. Aus dem AÜG und aus § 97 Abs 1 Z 1a ArbVG lässt sich somit ableiten, dass der Gesetzgeber nicht von einer Rechtswidrigkeit der Arbeitskräfteüberlassung ausgeht, sondern lediglich ein Instrumentarium zur Verfügung stellt, um den Schutz der Stammebelegschaft und den Schutz der überlassenen Arbeitnehmer zu gewährleisten. Die Nichtausnutzung dieses Instrumentariums führt nicht zum Ergebnis, dass die Arbeitskräfteüberlassung per se rechtswidrig wäre.

Entscheidungstexte

- 8 ObA 108/06z
Entscheidungstext OGH 18.04.2007 8 ObA 108/06z
- 8 ObA 54/11s
Entscheidungstext OGH 30.08.2011 8 ObA 54/11s
Vgl auch; Veröff: SZ 2011/110

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:OGH0002:2007:RS0122110

Im RIS seit

18.05.2007

Zuletzt aktualisiert am

19.11.2015

Quelle: Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>

© 2025 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at